

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugpreis: Vierteljährlich 1.50 Goldmark
Einzelnummern 15 Goldpfennig (nur gegen Voreinsendung
des Betrags)

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adlestraße 10
Fernsprecher Nr. 8800 - Postfachamt Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Neuer Fischzug der Schwerindustrie

Wenn einmal die ganze Ruhrrechnung aufgemacht wird, dann dürfte sich zeigen, daß der Ruhrkrieg der deutschen Kriegsnutzenbeschaffung nicht weniger eingebracht hat, als wenn sie sich am eigentlichen Küstengeschäft beteiligt hätte. Metallarbeiter-Zeitung vom 25. August 1923.

Für die Unterhaltung des deutschen Bürgers ist jetzt reichlich gesorgt. Seit ein paar Wochen löst ein öffentlicher Skandal den andern ab. Der neueste stellt die andern noch weit in Schatten: Der Schwerindustrie sind in ungeheurer Höhe 700 Millionen Goldmark zugesagt worden, angeblich als Entschädigung der für sie aus den Ruhrverträgen entspringenden Lasten. Die Bedeutung dieser Liebesgabe wird einem erst ganz klar, wenn man sich erinnert: Die Schwerindustrie ist der Hauptschuldige an der Besetzung des Ruhrgebietes (Die Franzosen sollen nur kommen!). Aus der Besetzung quollen der Schwerindustrie ungeheure Gewinne. Kohle und Eisen wurden teurer, das Transportgeschäft mit England blühte. Die Inflation begann, und damit ein beispielloser Goldstrom nach der Schwerindustrie hin. Sie hat mit dem Großgrundbesitzern den Löwenteil des durch die Inflation aus der Volksmasse gezogenen Vermögens eingekassiert. Ihr wurde die Kohlensteuer gestundet, ihr zuliebe der Kohlenpreis erhöht, zu ihrem Nutzen mußten die Arbeiter auf den Achtstundentag verzichten und mit viel weniger Lohn vorliebnehmen. Alle diese und noch andere Opfer wurden gebracht, um der Schwerindustrie — die sich doch so unelgnäßig für die nationale Ehre und für die Befreiung des vaterländischen Bodens von fremder Soldateska aufrieb — wieder auf die Beine zu helfen. So wurde den Schwerindustriellen, den reichsten der Reichsleute haufenweise gegeben, die kleineren Geschädigten mit Versprechungen oder Groschen abgespeist, den Arbeitern, den Hauptleidtragenden, aber in immer und überall genommen. Für die armen Teufel, für die Erwerbslosen und die anderen Geschädigten der Besetzung waren keine Mittel da. Die halbe Welt wurde angeknorrert, das deutsche Elend nach allen vier Ecken des Erdballs geschrien, um eine ausländische Anleihe gebettelt, weil das soziale und finanzielle Elend unbeschreiblich sei — aber für die Schwerindustriellen von Krieg und Inflation ließen sich hinterherum 700 Millionen Goldmark finden!

War dagegen der Panamafischzug nicht eine elende Skrupelerei?

Es ist bezeichnend für unsere Zustände, daß noch niemand bestimmt zu sagen weiß, wer eigentlich die gesetzliche Verantwortung für diese Liebesgabe an die Schwerindustrie trägt. Nur eins scheint bis jetzt festzustehen, daß die 700 Millionen hinterherum, unter Umgehung der gesetzlichen zuständigen Stellen, unter Vergeßung des Budgetrechtes des Reichstages in den schwerindustriellen Beutel geworfen worden sind. Darob geht ein wilder Entrüstungssturm durch den linken Teil der deutschen Presse. Sie nennt das Korruption, Panama, Sumpf, Verletzung der Gerechtigkeit und weiß Gott noch wie. Nur die sonst so schreiende Unternehmerpresse weiß zu dieser schmerzlichen Geschichte nichts Rechtes zu sagen. Auch der Arbeiter-Zeitung, der selbstpatentierten Hüterin von Moral aller Art, scheint die Flöte verstopft zu sein. So, wenn ein ausgehungertes Arbeiterkind fünf Mark zum Erlernen einer Handwerkslehre bezogen, oder wenn ein sozialdemokratischer Minister einem abgebauten Beamten ein paar Hundert Mark über den amtlichen Satz zugewiesen, oder wenn sich ein armer Teufel während der Arbeitszeit eine Kohlenkassette gekauft hätte, dann wäre die Arbeitgeber-Zeitung mit den vom Unternehmergelde ausgehaltenen Zeitungen aus der Entrüstung über die Sittlosigkeit der Welt im allgemeinen und über die der Arbeiter im besondern gar nicht herausgekommen; dann wäre laut nach dem Strafrichter geschrien worden, und der hätte sich prompt eingestellt, um das unerhörte Verbrechen wider Gesetz und gute Sitte zu ahnden. Jetzt aber, wo es sich um die ungeheuerliche Auszahlung von 700 Millionen Mark an die schlimmsten Geschäftsmacher handelt, jetzt läßt die Unternehmerpresse keinerlei Entrüstung sehen, wahrheitsgemäß wie sie ihren Jörn für die kleinen Verfehlungen armer Teufel ansprechen will. Auch von dem Vorhandensein von Strafrichtern scheint sie in diesem Falle nichts zu wissen. Wie könnte sie auch? Ihr Vorkat an sittlichem Jörn bedarf eben gerade jetzt der Erneuerung, die vollendet sein wird, wenn sich der Restgeruch der jetzt gelakten Eiterbeule zu verdunsten beginnt.

Weniger als die Schwermächtigkeiten der Unternehmerpresse ist es die Überraschung verrärende Entrüstung der linksstehenden Presse verständlich. War nach der Erfahrung im Kriege und im Frieden und in der Inflationszeit etwas anderes zu erwarten? Konnte das Würzen und Drängen der schwerindustriellen Volkspartei zu einem sozialdemokratischen Kabinett anders als die Vorarbeit für einen neuen Fischzug gedeutet werden? Darfste von einer Regierung, deren stärksten Männer Stresemann und Luther bilden, eine andere Berücksichtigung der großkapitalistischen Wünsche angenommen werden, als von jenem Vertrauensmännerkollegium von „Industrie und Wirtschaft“, das den Namen Suno trug? Es hätte wahrhaftig nicht viel Größe bedurft, am vorauszuweisen, daß der Goldstrom, der bei Lichtem Friedenstag wie bei pechschwarzem Kriegstag ununterbrochen den Schwerreichen zufließt, eine beträchtliche Verdünnung erfahren werde, sobald ein „rein nationale Regierung“ Deutschland wieder beglücke. Zudem, nicht nur der Mangel an Vorauswissen der demokratischen Blätter und Parteien fällt auf. Noch schärfer schlägt ihre verblüffende Ahnungslosigkeit von dem Spiel in die Augen, das sich hinter den Kulissen zwischen

Regierung und Schwerindustrie vollzog. Ausgerechnet erst, als die 700 Millionen ziemlich vollständig in die schwerindustrielle Tasche geschauelt waren, also, als nichts mehr zu retten war, entdeckten oppositionelle Volksvertreter die trübe Geschichte. Hierauf ließen sich verschiedene Reime machen, nur keiner von Wachsamkeit oder Scharfsichtigkeit. Wir können uns schlechterdings kein Land denken, wo die parlamentarische Opposition dermaßen spät der Regierung auf die Sprünge gekommen wäre. Das Zuspatkommen hätte der deutschen Opposition um so weniger passieren dürfen, inwiefern sie durch die Erfahrung mit der Ruhrpolitik gewarnt war — oder doch gewarnt sein sollte. Kein Einsichtiger wird bestreiten, daß sich die Politik der Suno-Regierung nicht zu einem so beispiellos großen Unheil für das deutsche Volk hätte auswachen können, wenn sich die parlamentarische Opposition eher auf ihre Pflicht und Verantwortung besonnen hätte. Um so mehr glaubte man erwarten zu dürfen, daß uns die Wachsamkeit der Oppositionsparteien vor einem neuen Unheil bewahre.

Die wichtigste Frage ist nun, was die Opposition des Reichstages zu unternehmen gedenkt, um der Verletzung des Rechtes Genüge zu tun und einer Wiederholung vorzubeugen. Daß die Wiedergutmachung nicht bei scharfem Zungenschlag und bloßer Entrüstung ihr Bewenden haben darf, ist einleuchtend. Es wird zur gründlich bessernden Tat kommen müssen, schon um das sehr beherbergungsbedürftige Vertrauen der breiten Masse in die parlamentarische Demokratie aufzufrischen und das geschändete Ansehen Deutschlands im hilfsbereiten Auslande wiederherzustellen. So gut wie ein sozialdemokratischer Minister gerichtlich zur Verantwortung gezogen wurde, weil er einem abgebauten Beamten ein paar Hundert Mark zuviel zugewiesen hat, so muß es, so sollte man meinen, bei nationalen Ministern möglich sein, wenn sie 700 Millionen ungehörtlich Schwerreichen zugewiesen haben. Noch eine andere Tat muß die Opposition zu erfüllen trachten. Tausende von wirklich Geschädigten des Ruhrabenteuers, die zahllosen Ausgewiesenen, Arbeiter, Gewerbetreibenden und kleinen Fabrikanten haben wenig oder einen Pappentitel erhalten. Diese Schicksale von armen Leuten und kleinen Geschäftsleuten, die egentlichen Leidtragenden der Ruhrbesetzung, wurden abgewiesen mit der Ausrede des Mangels an Mitteln. Diesen Abgewiesenen sind die Summen, die den Schwerreichen zugeworfen wurden, nach Maßgabe der Bedürftigkeit zuzuwenden, damit sie nicht irre werden an der Unparteilichkeit oder Gerechtigkeit eines demokratischen Staates.

Als vor einiger Zeit die Unternehmerpresse auf neue ausnahmssweise laut den patriotischen Eingang anstimmte, als sie vom Aufbau der nationalen Wirtschaft, von der Steigerung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit, von der Vaterlandslosigkeit der Arbeitererschaft sprach, die die Notwendigkeit der Arbeitszeitverlängerung und der Lohnkürzung nicht einsehen wollte — ein Humpung, in den dänischerweise demokratische Leute und einige sozialistische „Sachverständige“ mit einstimmten — da ahnten wir, was die Uhr schlagen werde. Wir haben in diesen Spalten gleich wieder unavagesetzt vor der neuen Windbeutelerei gewarnt und auf ihren Zweck hingewiesen. Denn für die herrschende Schicht mit ihrem militärischen und bürokratischen Gesolge ist der Patriotismus von jeher ein Geschäft. Je kräftiger sie die nationale Waage leeren läßt, desto gründlicher ist der von ihr beabsichtigte Fischzug. Eine Regel, die die Geschichte des letzten halben Jahrhunderts durchgehend bestätigt, besonders aber die Zeit nach Kriegsbeginn. Wer für diese Regel in der Flottenpolitik, der Heeresvermehrung, der Kolonialabenteuer vor der großen Wutkur noch keine vollgültigen Beweise sehen sollte, der findet sie jedenfalls in der Kriegsverlängerung, der Ruhrpolitik, der planmäßig betriebenen Selbstverflechtung und in dem länderigen Nutzen nach einer „ganz nationalen“ Regierung. Die Kriegsverlängerung brachte die Verlängerung der Munitionsgeschäfte, die Ruhrpolitik ermöglichte die Steigerung der Kohlen- und Eisenpreise, die Selbstverflechtung gestattete die Ausnutzung des gesamten Volkes, die „ganz nationale“ Regierung brachte die Liebesgabe von 700 Millionen.

Freilich wäre das Teufelspiel der gerissensten aller Geschäftsmacher nicht in dem Maße geglückt, wenn nicht so viele sonst gutmeinende Leute die Patriottrödel mitgemacht hätten. Diese Leute mit dem großen Herzen und kleinen Verstand meinten offenbar, man müsse sich doch für die vaterländischen Belange einsetzen, die so viele Zeitungen so eindringlich fordern. Daß die Zeitungen auf Geheiß gegen Verzagung die „ganz Sach“ verfochten und verfochten, ist eben diesen guten Bürgern noch immer nicht bekannt. Sie wurden sich vorziehen, daß sie nicht aufs neue das Opfer ihrer Schwachmütigkeit werden. Es darf ja nicht außer Acht gelassen werden, daß die Heilmacher etwan ihrer größten Fischzüge erst noch zu verüben beabsichtigen, nämlich die Einführung des Schußkolles für Eisen und Getreide. Für dieses Milliardengeschäft werden, der Größe entsprechend, neue patriotische Register gezogen und neue Walzen mit vaterländischem Humpung eingelegt werden. Da wir von der Rot der Landwirtschaft und dem verelendenden Bauernstand, von dem Tiefstand der Industrie und dem von ständiger Brotlosigkeit bedrohten Lohnarbeiter in allen Tonarten gestöhlet werden. Und die „ganz nationale“ Regierung wird dem Elend der Großgrundbesitzer und der Schlachthaus durch Hochzuzölle vorzubeugen trachten. Es wird ein Geschäft geben, wogegen die Liebesgabe von 700 Millionen ein Trutzgeld darstellen wird — wenn die „ganz nationale“ Regierung nicht inzwischen befähigt und die Kaffe des Volkes nicht endlich von der Patriottrödel geholt sein sollte.

„Unternehmernot“ und Goldbilanzen

Wenn wir die Berichte über die Generalversammlungen der Aktiengesellschaften durchsehen, stoßen wir immer auf die viel-lagenden Feststellungen, daß die „Bewertung der Aktien mit der gewohnten Vorsicht vorgenommen“ oder daß „in der Bewertung der Anlagen, der Gebäude, des Inventars usw. sehr stark die Reservevorennehmbar sind. Wie weit diese Art der Aufmachung der Goldbilanzen geht, zeigt das Beispiel der Schuffabrik Edward Lingel u. Co. Nur durch die Tatsache, daß ein ehemaliges Vorstandsmittelglied der Gesellschaft, das sicher gut unterrichtet ist, mit der Firma in Streit geraten ist, sind allerliebste Dinge ans Licht der Öffentlichkeit gekommen. Nach den Angaben dieses Herrn sollen „sehr ansehnliche Werte in die Goldbilanz überhaupt nicht aufgenommen“ worden sein. Diese Behauptung hat in der Generalversammlung eine Widerlegung nicht gefunden, im Gegenteil, man hat dem Widersacher durch Beschluß einer Zweidrittelmehrheit das Wort entzogen, weil er in Wahrung seiner Sache es gewagt hatte, „intern Geschäftsvorgänge preiszugeben.“ (1)

Es wäre vielleicht zu weitgehend, diesen Fall verallgemeinern zu wollen, aber solche Zufallserscheinungen stärken den Verdacht, daß das Verfahren der Lingel u. Co. auch anderwärts geübt worden ist. Es zeigen auch die übrigen Handelsbilanzen, daß man mit einer gewissen Rücksichtslosigkeit die Substanzwerte herabgesetzt hat. Wie es zum Beispiel mit dem angeblichen Substanzverlust der Banken bestellt ist, geht aus dem Gewinn hervor, den die Roggenrentenbank erzielt hat. Auf Grund von Vorlegungen des sich in der Opposition befindlichen Großindustriellen Jugenberg in der Generalversammlung der Roggenrentenbank ergibt sich, daß diese in nicht ganz zwei Jahren ihr Vermögen von 1 073 889 auf 850 000 Goldmark hat erhöhen können, also in dieser kurzen Zeit einen Gewinn von 7 Millionen Goldmark zu verzeichnen hat.

So deutlich wie bei der Roggenrentenbank treten die Gewinn der besten Unternehmungen nicht überall in die Erscheinung. Dazu ist das in der Öffentlichkeit Bekannte, ebenso aus begreiflichen Gründen zu mager, insbesondere fehlen die Angaben über den Goldwert der durch die Ausgabe von neuen Aktien in der Kriegs- und Nachkriegszeit und der auf diesem Wege für Betriebsverweigerungen herangezogenen Kapitalien, die an sich selbstverständlich neue Verbindlichkeiten der Unternehmungen an die Besitzer der Aktien darstellen. Wo aber dieser Goldwert angegeben wird, kann man genauere Feststellungen machen. Ein besonders lehrreiches Beispiel hierfür stellt die Entwicklung der Dreistein & Koppel u. Co. dar, beinahe ein Unternehmen, das vor dem Kriege große Besitzungen im Auslande hatte. Während des Krieges wurden der Firma Vermögenswerte von 39 003 400 Goldmark konfisziert, wofür der Firma nur eine Entschädigung von 5 002 534 Goldmark gezahlt wurde; sie hat also einen glatten Verlust von 34 000 866 Goldmark erlitten. Nun betrug das Vermögen der Dreistein & Koppel u. Co. nach der letzten Friedensbilanz:

Aktienkapital	45 000 000 G.M.
Nachlagen, Gewinne zc.	17 570 601
zusammen 62 570 601 G.M.	
Ziehen wir hiervon den Kriegsverlust ab, so bleiben 28 569 735 Goldmark. Nach den eigenen Angaben der Firma sind durch neues Aktienkapital heringeholt worden 1 741 236 Goldmark. Diese zu der obigen Summe hinzugezogen, ergibt 28 310 961 Goldmark, das wäre also das Vermögen der Dreistein & Koppel u. Co., wenn nicht inzwischen neue Gewinne erzielt worden wären. Heute sind vorhanden:	
an Aktiven	52 230 657 G.M.
Passiven	12 152 657
somit Reinvermögen 40 128 000 G.M.	

also ungerichtet der sogenannten stillen Reserven hat die Firma Dreistein & Koppel u. Co. den Verlust durch Konfiszierung ihrer ausländischen Unternehmungen von 34 000 000 Goldmark bis auf 40 128 000 Goldmark, weniger 28 310 961 Goldmark, das ist auf 12 000 000 Goldmark weitmachen können, das heißt die Firma hat in der Kriegs- und Inflationszeit bei einem Aktienkapital von 45 000 000 Goldmark einen Wert von 22 000 000 Goldmark herausgewirtschaftet. Dieses Ergebnis läßt eine Schlussfolgerung auf die Gewinne der Unternehmungen ziehen, die keinerlei Verluste durch Konfiszierung von ausländischen Besitz gehabt haben.

Das Handels- und Finanzblatt der Vossischen Zeitung vom 24. Oktober 1924 stellt z. B. fest, daß die Baumwollspinnereien, also eine Industrie, die durch den Ausfall des Verbrauchs der breiten Massen in Deutschland stark zu leiden hatte, den nicht unerheblichen Zuwachs an Vermögenswerten von mehr als 40 % und eine entsprechende höhere Dividendenbemessung um 46,9 % gegenüber 1913 zu verzeichnen hatten. Dabei ist nach der Vossischen Zeitung auch hier zu berücksichtigen, daß die angegebene geringe Vermehrung der Anlagen keineswegs dem tatsächlichen Zuwachs entspricht, was bedeutet, daß die Unternehmungen in der Bewertung ihrer Anlagen sehr tief gegriffen haben.

Au sich gibt die Vermehrung des Aktienkapitals nicht ohne weiteres etwa ein Bild der erzielten Überschüsse. Trotz alledem kann man die Entwicklung des Aktienkapitals in ein gewisses Verhältnis zu der Entwicklung des tatsächlichen Vermögens stellen und als Maßstab für die wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmungen ansehen. Aus diesem Grunde verlohnt es sich, die Vermehrung des Aktienkapitals gegenüber dem Lebensstande an Hand von einigen Beispielen festzustellen.

1914	1924
Deutsche Eisenbahnbetriebs-Gesellschaft	8 Mill. 800
Phil. Holzmann (Eisenbeton-Tiefbau)	6 20
Chemische Fabrik vormals Meister	6 12,00
Silber Bergbau	10 50
Akkumulatorenfabrik v. Hagen	10 30
A.G. für Metallfabrikation	14 38
Christheim-Werke	16 44
Deutsche Erbsenfabrik	40 100
Wolfsberg	108 300

Diese Erhöhung des Aktienkapitals wird im allgemeinen von den Vorständen der A.-G. mit der Ausdehnung der Unternehmungen, Betriebserweiterungen und Erweiterungen begründet. Die Ausdehnung z. B. bei der Metallgesellschaft für Anilinfabrikation wird durch Vermehrung der Arbeiterzahl von 4000 auf 14 000, der Akkumulatorenfabrik Hagen A.-G. durch Vermehrung der Arbeiterzahl um 1000 gegenüber dem Frieden gekennzeichnet.

Betriebserweiterungen und Kapitalerhöhungen waren in Friedenszeiten das Kennzeichen einer gesunden wirtschaftlichen Entwicklung der Unternehmen. Nur wenn die Geschäfte gut gingen und mit einem weiteren günstigen Fortgange gerechnet werden konnte, das heißt wenn Profit winkte, legte man neues Kapital an, das teilweise aus Betriebsüberschüssen stammte, teilweise durch Ausgabe neuer Aktien herbeigeholt wurde. Voraussetzung für das letztere war, daß auf dem Markt überaus Geldkapital flüchtig war, das heißt daß sich Kapital aus den Ersparnissen der breiten Massen neu bildete. So war es in Friedenszeiten. Nun waren aber, das wird von niemandem bestritten, die breiten Massen in Deutschland während des Krieges und in der Nachkriegszeit sparunfähig, und selbst heute noch, nach einem Jahr der Stabilisierung unserer Geldverhältnisse, kann von einer Kapitalneubildung auf diesem Wege nicht gesprochen werden. Gerade hierüber spricht sich der im Dezember gegebene Bericht der Kommerz- und Privatbank mit folgenden Worten sehr deutlich aus:

„Der Gesundungsprozeß unserer Wirtschaft schreitet nur in langsamem Tempo vorwärts. Das bezieht sich vor allem auf die Kernfrage, nämlich die Neubildung von Kapital, der Grundlage jeder wirtschaftlichen Aktivität und der Voraussetzung für die der Wirtschaft zu gewährenden Kredite. Wie langsam die Neubildung von Kapital vor sich geht, zeigt der Umstand, daß von den den Sparnissen zur Verfügung gestellten Mitteln nur etwa 20 vH auf wirkliche Spareinlagen entfallen. Auch bei den Banken dürfte unter den Depositionen das eigentliche Sparkapital kaum einen größeren Prozentsatz ausmachen. Die Frage der Kapitalneubildung ist aufs engste nicht nur mit der Behebung der Produktion, sondern auch mit der Behebung der Kaufkraft der Bevölkerung verknüpft.“

Da nun ferner gerade während der Kriegszeit und der Inflationszeit die deutsche Wirtschaft auch im Auslande jenen Kredit verlor, den sie hier aus keine Kapitalien herbeigeflossen sind, so bleibt nur eine Schlußfolgerung übrig, nämlich daß die Mittel zu den gewaltigen Erweiterungen der deutschen Unternehmungen auf ungewöhnlichem Wege beschafft worden sind, und dieser ungewöhnliche Weg ist der Weg der Inflation gewesen. Die Gewährung der Papiermarkkredite durch die Reichs- und Staatsbanken, die Kluft zwischen Warenpreis und Arbeitslohn, die Entbindung von den Schulden infolge der Entwertung der Obligationen kennzeichnen den Weg, auf dem der Kapitalist seine Substanzwerte, wie wir gesehen haben, in ganz unerhörter Weise erhöhen konnte.

Die Inflation war also — und das kann heute nicht mehr geleugnet werden — ein Ausweg der deutschen Kapitalisten allergrößten Stils, an dessen Ende auf der einen Seite die völlig verarmten Volksmassen und die ausgehungerte Arbeiterschaft stehen, auf der anderen Seite das Unternehmertum mit seinem verdoppelten und verdreifachten Vermögen.

Nun wollen wir weiter hören, was der Deutsche Arbeitgeber, den wir im Anfang dieser Zeilen zitiert haben, noch zu sagen hat. Die Geldschränke, auf die man sich so gern beruft, sind fast mit Geld und Schuldenverpflichtungen gefüllt. Der große Topf, der wachsenden Sozialleistungen unerschöpflich schien, ist längst leer gegeben, an dieser Arbeit hat sich ganz Deutschland beteiligt, das besonders in den Inflationsjahren beständig von der Substanz gezehrt hat. Not und Sorge laßt sich auf dem deutschen Arbeitgebertum. Daß gegenwärtig in der Industrie und Gewerbe überhaupt nicht die Rede ist, sollte auch den Karren die Augen öffnen, die immer noch das Stiefpferd von der „reichen Industrie“ reiten. Der Arbeitgeber ist heute kaum mehr als der Laie für alle. Er, der doch seine Intelligenz, seine Erfahrung und seine Arbeit einbringt und dabei kein Geld und Gut, die Frucht seines Fleißes und seiner Sparsamkeit, riskiert, hat nur die verbundene Pflicht und Schuldigkeit, seinen Arbeitnehmern für Arbeit und Lohn zu sorgen. (Man lese diesen Satz dreimal schweigend, d. M. Z.) Und wenn der Arbeitgeber wirtschaftlich zusammenbricht und vielleicht arbeitsunfähig geworden ist, dann gibt es für ihn keine Pension und keine Rente. Er steht einfach als Bettler und Almosensüchtiger da. Ja, zum Schluß, warum hat der Mann auch den verrückten Einfall gehabt, Arbeitgeber zu werden?

Sechzig Atmosphären Dampfdruck

Hundert Jahre vor Beginn unserer Zeitrechnung lief die erste Dampfmaschine, von der wir geschichtliche Kenntnis haben: eine einfache Dampfbombe, etwa nach Art unserer Wasserpumpe, auf die ein Dampfzylinder geleitet wurde. Heron von Alexandria, ein Mathematiker und Physiker, war ihr Erfinder und seine Schöpfung wurde auch heute an wie kindliche Spielerei. Niemand ohne damals, welche ungeheure Kräfte in dem gespannten Dampf gespeichert sind und welche Arbeit sie zu leisten vermögen, wenn man es versteht, sie in die richtigen Wege zu leiten. Durch Jahrhunderte blieb die Dampfmaschine auf diesem Standpunkt, bis dann am Ende des 18. Jahrhunderts jene Umwälzung eintrat, die zum Vorrücken der doppelwirkenden Dampfmaschine durch James Watt führte, den man wegen dieser Tat als einen „Revolutionär der Dampferei“ bezeichnen hat. Diese wichtige Maschine arbeitete trotz ihrer im Verhältnis zu ihrer Leistung recht ungeschickten Größe nur mit einer Dampfspannung von 1 1/2 Atmosphären. Erst als man gelernt hatte, den Widerstand der Dampfzylinder besser zu überwinden, als das Materialprüfungsversuchen so weit gebracht war, daß seine Widerstände sich in der Praxis auswirken konnten, begannen unsere Techniker die Dampfspannung erheblich zu steigern. Bis vor kurzem aber galten etwa 16 bis 20 Atmosphären als die höchste Grenze.

Dieser schon recht beträchtliche Dampfdruck ist nun bei weitem übertraffen worden. Die Techniker haben sich nicht etwa ein wenig Sprünge dazu vertrieben, eine weitere Erigerung der Dampfspannung vorzunehmen. Es waren vielmehr rein wissenschaftliche Erwägungen, die aus Grund von Versuchen ausgeht, wurden diese Versuche hatten ergeben, daß die Erzeugungsstärke des Dampfzylinders innerhalb weiten Druckes nahezu gleich bleibt. Das heißt, daß je höher die Dampfspannung ist, desto größer die Leistung ist, die man aus dem Dampfzylinder herausbekommt, wenn der Dampf 30 Atmosphären überdrückt. Man kann also mit der gleichen Menge Dampf bei höherer Dampfspannung, der, nachdem er zunächst in einer Hochdruckdampfmaschine Arbeit geleistet hat, noch in weiterer Folge in einer Niederdruckdampfmaschine Arbeit leisten. Während man in Amerika schon seit längerer Zeit hochgespannten Dampf in der Praxis verwendet, ist man in Deutschland erst jetzt zu einem gleichen Vorgehen gekommen. Seit einigen Tagen

Ja, ja, es ist zum Verrücktwerden. Die Welt steht auf dem Kopfe. Wir fragen uns nur, weshalb die Industriellen, nachdem sie soviel Geld gehabt haben, auch mit ihrer „verdamnten Pflicht und Schuldigkeit“ ihren Arbeitern Arbeit und Lohn zu bezorgen — wie die Riesenarbeitern, die in den Berggängen der Erde sitzen —, nicht den ganzen Anteil hingeworfen haben. Bei ihrer „Intelligenz, Erfahrung“, bei ihrem „Fleiß“ und ihrer „Sparamkeit“ und insbesondere bei ihren guten Beziehungen zur Industrie und Wirtschaft würde es ihnen nach unserer Ansicht sehr leicht fallen, einen viel leichteren und angenehmeren Kosten als Arbeiter zu erhalten. Ja zum Schluß, warum tun sie das nicht trotz der Aussicht auf Pension und Rente, trotz der nach Ansicht des „Arbeitgebers“ größeren Sicherheit, nicht an den Bettelstab gebracht zu werden? Ja, warum tun sie das nicht?

Ja, ja! Wenn die — Goldbilanzen nicht wären!

Die Feuerungslage in den deutschen Städten 1924/25

Von Dr. A. Hansen, Berlin

Die Feuerungslage in den deutschen Städten kann unter Zugrundelegung der amtlichen Heizkosten für den Anfang Januar 1925 wie folgt gekennzeichnet werden:

1. Die Kosten für die Ernährung standen auf etwa 35 vH über dem Vorkriegsstand.
2. Die Heizkosten für die Bekleidungskosten lagen fast 50 vH über dem Preisstand von 1913/14.
3. Die Kosten für Heizung und Beleuchtung bewegten sich seit Anfang 1924 zwar in langamer, aber fast ununterbrochener Abwärtsbewegung, durchschritt aber das Vorkriegsniveau um etwa 36 vH.
4. Die Wohnungsmietpreise, die bei Jahresbeginn 1924 nur ein Drittel bis ein Viertel des Vorkriegsstandes erreicht hatten, sind im Laufe des Jahres um 150 vH gestiegen und stehen jetzt auf fast drei Viertel des Vorkriegsstandes.

Die Heizkosten für die gesamten Lebenshaltungskosten war am 1. Januar 1925 etwa 14 vH höher als am gleichen Datum des Vorjahres. Als teuerste Städte Deutschlands gelten heute unter Zugrundelegung der Heizkosten für den 30. Dezember 1924 der Reihe nach: Hagen i. N., Karlsruhe, Solingen. Es folgen: Mannheim, Koblenz, Köln, Frankfurt a. M., Hamburg, München, Ludwigshafen, Stuttgart und Augsburg. In den hier aufgeführten zwölf teuersten Städten mußten am 1. Januar 1925 etwa 34,4 bis 22,2 vH mehr für die gleichen Lebensbedürfnisse als 1913/14 gezahlt werden. Die Feuerungskosten von Berlin lag um 18,8 vH höher als 1913/14. Die Städte Leipzig, Dresden, Essen, Nürnberg, Bremen, Aachen, Krefeld, Darmstadt, Heilbronn, Weimar und Pforzheim haben heute ungefähr den gleichen Lebenshaltungstand wie Berlin. Leipzig, Essen, Dresden, Bremen, Aachen und Krefeld sind allerdings um ein geringes teurer. Auf dem Feuerungsstand von Hannover, der etwa 13,4 vH über dem der Vorkriegszeit liegt, bewegen sich heute die Städte Breslau, Chemnitz, Königsberg, Siedlitz, Kiel, Lübeck, Darmstadt, Frankfurt a. D., Heilbronn, Osnabrück, Lüneburg. In den Städten: Braunschweig, Erfurt, Halberstadt, Worms, Eisenach, Bayreuth und Fulda hat man heute mit einem durchschnittlichen höheren Feuerungsstand von etwa 11,1 vH und in den Städten Magdeburg, Dessau, Schwerin, Stolp, Weiskirchen, Göttingen, Marienwerder zwischen 5,7 bis 11,1 vH gegenüber 1913/14 zu rechnen. Die niedrigsten Heizkosten haben Kempten, Dammun, Osnabrück. Sie schwanken um 2 bis 3 vH über dem Vorkriegsstand.

Bemerkenswert ist, wie stark die Preisunterchiede im Kleinhandel für die wichtigsten Lebensbedürfnisse am 1. Januar 1925 in diesen Städten waren. So zahlte man zum Beispiel für 1 kg inländisches Weizen mehr in Hamburg, Aachen und Lübeck 52,3, in Breslau konnte man es für 40,3, in Magdeburg für 38,3 kaufen, während es in Berlin 48,3 kostete. Die niedrigsten Kartoffelpreise mit 8,3 hatten Berlin, Breslau und Königsberg. Die höchsten Preise mußte man mit 14,3 das Kilogramm in Hamburg, Aachen und Lübeck bezahlen. Die Butterpreise schwankten zwischen 4,40 A in Berlin als niedrigsten und 5,20 bis 5,40 A in Chemnitz, Karlsruhe, Dresden, Essen, Mannheim und Aachen als höchsten. Auch für Margarine lassen sich sehr starke Preisunterchiede feststellen. Für 1,40 bis 1,50 A war sie nur in Chemnitz und Berlin zu haben. In Hamburg kostete sie 1,80 A, in München, das den Preisvergleich zuläßt, 1,98 A. Der Durchschnittspreis bewegte sich um 1,60 A herum. Die billigsten Eier konnte man mit 17,3 das Stück in München und Königsberg kaufen. Den Berliner Eierpreis von 20,3 hatten ferner Frankfurt a. M., Chemnitz und Mannheim. Die Milchpreise schwankten zwischen 26 bis 40,3 das Liter bei Aachen. Den niedrigsten Milchpreis (26,3) hatte Königsberg, den höchsten Frankfurt a. M. (40,3). Der Milchpreis in den anderen Großstädten pendelte um den Hamburger Preis von 34,3. Für 1 kg Rindfleisch mit Knochen für Kochzweck mußte man in Augsburg 1,94 A zahlen. In Berlin, Breslau, Essen, Stuttgart, Chemnitz und Lübeck kostete es 2 A. In München und Hannover dagegen 1,94 A. In Berlin, Breslau, Essen, Stuttgart, Chemnitz und Lübeck kostete es 2 A. In München und Hannover dagegen 1,94 A. In Berlin, Breslau, Essen, Stuttgart, Chemnitz und Lübeck kostete es 2 A. In München und Hannover dagegen 1,94 A.

läuft in der Fabrik von Hagen in Regel die erste deutsche Hochdruckdampfmaschine, die für eine Leistung von 800 Pferdekraften gebaut ist und für die Dampf von 60 Atmosphären Betriebsdruck in besonderen Kesseln erzeugt wird. Die Maschine ist als eine sogenannte Vorflurmaschine ausgeführt, das heißt sie ist vor die normale Dampfmaschine eingebaut, die mit ihrem Zylinder arbeiten. Hoch- und Niederdruckzylinder der Maschine sind hintereinander angeordnet, haben also Tandemform. Besonders interessant ist hierbei, daß die Zylinder nur einfach wirkend sind, das heißt der Dampf wird in jedem Zylinder nur nach der einen Seite. Er bewirkt im Hochdruckzylinder den Hin- und Herbewegungen, wobei die Expansion auf etwa 25 Atmosphären geht, im Niederdruckzylinder den Hin- und Herbewegungen, wobei die Expansion auf 11 Atmosphären geht. Durch diese Dampfmaschine wird eine verhältnismäßig kleine Leistung der Maschine ermöglicht, da der Druckverhältnis zwischen der Hoch- und Niederdruckseite recht günstig ist. Daraus wird auch der Sekundärdruck nicht größer, als bei den anderen Dampfmaschinen. Dies ist durch die Anordnung einer Stopfbuchs an der Hochdruckseite erreicht wird. Zur Erzeugung des Dampfes wird ein spezielles Material verwendet, das Patent Hoopwood, der eine hervorragende gute Beschichtung der Kompressionsverhältnisse mit sich bringt. Er wird durch die Eigenschaften, die in Schwaben gelangt sind, von einem Motorantrieb aus bewegt, der als Dampfmaschine mit automatischer Drehzahlregelung ausgeführt ist. Die Dampfmaschine besteht aus einem Spezial-Vorflur-Hochdruck-Zylinder mit 300 Zentimeter Durchmesser. Er erzeugt Dampf von 60 Atmosphären bei einer Umdrehung von 430 Umd. Besonders auffällig sind hier die geringen Verluste von 900 mm Durchmesser, die einen hohen Durchsatz von 60 mm und einen inneren Durchmesser von 62 mm haben, mit einer nur geringen und unbedeutenden Verengung. Der ganze Zylinder macht sich durch den Einsatz größerer Fertigkeiten und die Erbauer bewachen, daß darüber auch ein höherer Grad an Genauigkeit erreicht wurde, als bisher üblich war. Die Verengung der Dampfmaschine ist sehr wichtig für die Leistung, die sie in der Fabrik von Hagen in Regel bei der Erzeugung von Dampf leistet.

2,48 A, in Hannover 2,37 A, in Magdeburg 2,38 A, in Karlsruhe 2,60 A verlangt. Für Heizöl, insbesondere Steinkohlen für Hausbrand und Bräuterei (Steinkohlen) sind ebenfalls auffallend hohe Preisunterchiede festzustellen. 1 Zentner Steinkohle frei Keller kostete in Essen 1,11 A, in Dortmund 1,40 A, in Magdeburg 2,46 A. Für 1 Zentner Braunkohlenbriketts frei Keller wurden mit 2,05 A in Stuttgart, mit 2,03 A in München und 1,95 A in Hamburg die höchsten Preise bezahlt. In Berlin mußte man 1,53 A, in Lübeck 1,70 A bezahlen. Das hier oben angeführte, das sich noch für eine ganze Reihe weiterer wichtiger Lebensbedürfnisse verfolgen ließe, bedeutet, daß die inländische Kaufkraft der Reichsmark, auf der Basis des erhöhten Reichsindex berechnet, mindestens 14 vH niedriger als die Kaufkraft der Goldmark von 1913/14 einzuschätzen ist. Für Bekleidungskosten ist die Reichsmark heute etwa 50-60 vH für Bekleidungskosten 65 vH der Mark von 1913/14 wert. Die genannten Zahlen reden eine deutliche Sprache. Sie sind lediglich als Feststellungen zum deutschen Feuerungsproblem für das Jahr 1925 anzusehen. Tatsache ist, daß die Kosten für die Ernährung hierbei die ausschlaggebende Rolle spielen. Die Preisunterchiede der einzelnen Nahrungsmittel sind zwischen einzelnen Städten so auffallend groß, daß Einwände, wie erhöhte Speisekosten infolge höherer Mieten, Steuern, Arbeitslöhne, Frachtkosten nur teilweise durchschlagend sind. Ein besserer Ausgleich der Preise wäre jedenfalls dringend erwünscht.

Eine vernünftige Idee

Der Direktor der Bayerischen Motorenwerke, Dipl.-Ing. Dr. Franz Joseph Wopp, veröffentlichte vor ein paar Tagen in der Münchener Abendzeitung einen für einen deutschen Unternehmer tatsächlich vernünftigen Gedanken. Er schlägt vor, Bayern zur Standardbasis der Automobilisierung Deutschlands zu machen. Dr. Wopp geht davon aus, daß infolge Automobilisierung des Wirtschaftslebens in Amerika die Vereinigten Staaten den wirtschaftlichen Vorrang in der ganzen Welt haben. England, Italien und Frankreich sind nun an der Arbeit, die Automobilisierung ihres Landes und Volkes nach dem Muster von Amerika durchzuführen. Deutschland steht in der Automobilisierung an letzter Stelle in der ganzen Welt. In Amerika ist jeder, der 150 Dollar Einkommen im Monat hat (und das haben fast alle Arbeiter), in der Lage, sich ein Automobil zu leisten, weil Amerika die Massenfabrikation der Automobile zu 300 Dollar das Stück hat. In Deutschland erzeugen die Automobilfabriken jährlich durchschnittlich höchstens 30 000 Automobile. Wenn nun in Deutschland ebenfalls das amerikanische Prinzip zur Einführung kommen könnte, so müßte jeder, der in Deutschland 2000 A Monatslohn bekommt, sich ein Automobil leisten können, wenn großartig rationelle Automobilfabrikation in Deutschland betrieben wird. Die Statistik ergibt, daß man in Deutschland 1 Million Menschen hat, die 2000 A Monatslohn bekommen, also in der Lage sind, sich ein Automobil zu kaufen.

Auf dieser Grundlage rechnet der Generaldirektor und sagt, daß Bayern Wasserkraft, Eisen und Holz zur Genüge hat, um diese drei Rohstoffe zur Massenfabrikation von Automobilen zu benutzen. Diese Erzeugung der Kraftwagen müßte vollkommen neue Wege gehen, nämlich bei geringstem Preis höchste Qualität zu liefern. Dr. Wopp errechnet, daß nach Lieferung der ersten Million Kraftwagen bei einer Lebensdauer von fünf Jahren je Wagen jedes Jahr 200 000 Automobile in Deutschland produziert werden müßten. Jetzt ist die Industrie in Deutschland nur in der Lage, 30 000 Wagen im Jahr zu beschaffen. Diese Massenfabrikation könnte ihre Standardbasis Grund der drei notwendigen Rohstoffe in Bayern haben. Diese Gedanken haben wir erst kürzlich wieder, allerdings ohne partikularkritische Verklappung, in einem halben Duzend Auffagen entwickelt. Das Wichtigste oder Bedeutendste an dem Vorschlag des Dr. Wopp ist, daß er von einem deutschen Industriellen kommt. Das läßt Hoffnung wecken. Bisher langte das Programm der meisten deutschen Unternehmer nur zum Lohnzusammenhang und Zusammen über mangelnde Leistungsfähigkeit der — andern. Wenn es darin anders werden sollte, so wäre das sehr zu begrüßen.

Amerika als Geldgeber

Die privaten Kredite, die vom amerikanischen Finanzkapital an das Ausland gegeben wurden, betragen nach amerikanischen Schätzungen im Jahre 1923 8 Milliarden Dollar. Davon entfielen auf:

Kanada	2500 Millionen Dollar
Ruba	1930
Europa	1300
Südamerika	1230
Mexiko	1022
Japan	440
Mittelamerika	148

Es zeigt sich demnach, daß Europa erst an dritter Stelle, hinter Kanada und Ruba steht. Nach einer jüngst erschienenen Zusammenfassung sorgte Amerika im laufenden Jahr über eine Milliarde Dollar an das Ausland, wovon Europa (vor allem Deutschland) über 300 Millionen, Japan beinahe 200 Millionen erhielt. An asiatische Unternehmungen wurden in diesem Jahre 80 Millionen Dollar geleistet, an mexikanische 15 Millionen.

Der Gesamtreichtum der Vereinigten Staaten wurde im Jahre 1912 auf 186 Milliarden Dollar, 1922 auf 321 Milliarden Dollar geschätzt. Selbst bei Berücksichtigung des Bevölkerungszuwachses und der seit dem Krieg eingetretenen Preissteigerungen bedeutet dies eine wesentliche Vermehrung des Nationalvermögens.

Wie es auch gehen mag, laßt euch nie auf Kapitulationen ein mit den Fauten, Feigen und Falchen, so hochstehend sie sich auch gebären.

Die Maschine hat bei einem Druckabfall von 60 auf 11 Atmosphären einen Dampfverbrauch von 8 kg je Pferdekraft und ein Ende. Der Dampf wird in einen Kessel geleitet, in dem Druck von 10 bis 12 Atmosphären herrscht. Er treibt dann weitere Arbeit zum Betrieb von Dampfmaschinen und hydraulischen Pressen. Der von ihnen verbrauchte Dampf wird entweder zum Antrieb einer Abdampfmaschine oder im Winter zu Heizzwecken ausgenutzt. Es ist geplant, bei Anlagen von noch größerer Leistung als die hier erwähnte an Stelle der Tandemabdamfmachine Turbinen der Bauart Brown zu benutzen, bei denen im Gegensatz zu den bisher üblichen Turbinen hochgespannter Dampf im Hochdruckteil der Turbine wirtschaftlich ausgenutzt wird.

Diese neue Erfindung der Dampfmaschinentechnik geht zurück auf Arbeiten des im Frühjahr d. J. verstorbenen Dr.-Ing. Wilhelm Schmidt, der seine Untersuchungen im Sommer des Jahres 1921 zum Abschluß gebracht hatte. Schmidt war der Sohn eines kleinen Landwirts. Er hatte Schloffer gelernt und sich später zu einem der hervorragendsten Ingenieure unserer Zeit emporgearbeitet.

Mit diesen Hochdruckdampfmaschinen beginnt eine neue Zeit der Dampfmaschinentechnik. Es zeigt sich, daß wir in einer Zeit rüstiger technischer Umwälzung leben und daß die Technik selbst in viel größerem Maße revolutionär in der Tat ist, als es in ihrer sonstigen Entwicklung zu den Selbstproblemen unserer Zeit für gewöhnlich zum Ausdruck kommt.

Sozialpolitik und Achtstundentag im Reichstage

Die Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Robert Ditzmann

Zum Haushalt des Reichsarbeitsministeriums sprach als erster der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion, unser Kollege Ditzmann. Wir lassen die wesentlichsten Stellen seiner Rede hier folgen: Fortgesetzt wird der Einwand erhoben, die Belastung für den Arbeiterjahrgang sei zu groß, höhere Summen könnten nicht getragen werden. Die Regierung und die Gesetzgeber vergessen aber dabei, daß es die erste Pflicht der Gesellschaft und des Staates ist, denjenigen beizustehen, die der Hilfe bedürfen. Man übersteht vollständig die Folgen des Krieges. Die letzten zehn Jahre haben das werktätige Volk in Deutschland ganz besonders getroffen, während des Krieges in furchtbaren Blustürmen, nach dem Kriege und auch während des Krieges schon in jahrelangen Hungertoten. Das alles hat die Herzen zerrüttet und die Gesundheit weiter Arbeitermassen untergraben. Kräfte, Massenarbeitslosigkeit und anderes haben ein Massenelend erzeugt. Wenn wir das feststellen, erhebt sich die Frage: Wie hoch beläuft sich im Jahr die soziale Unterstützung überhaupt? Ich kann mich dabei auf einen Aufsatz im „Reichsarbeitsblatt“ stützen, in dem festgestellt wird, daß die Jahressumme für Kranken-, Invaliden-, Unfall-, Knappschaftliche Pensions- und Erwerbslosenversicherung insgesamt 1610 Millionen Mark beträgt. Dabei ist aber noch die Tatsache zu berücksichtigen, daß über die

Hälfte dieses Betrages die Arbeiter selbst aufbringen müssen, und zwar 880 Millionen Mark. Das Unternehmertum bringt insgesamt nur 730 Millionen Mark auf. Dabei besteht aber kein Zweifel darüber, daß die Unternehmer diese Summe nicht aus ihrer Tasche bezahlen, sondern sie auf die Konsumenten abwälzen und durch verminderte Ausbeute der Kraft der Arbeitnehmer wettmachen versuchen. Nun sagt das Unternehmertum: Wir können keine höheren Lasten übernehmen, höhere Lasten sind für die Wirtschaft untragbar. Dabei wird vom Unternehmertum stets zum Ausdruck gebracht, daß die Wirtschaft ja schon seit Jahren ihre Substanz habe angegriffen müssen, daß aber die Substanz der Wirtschaft unbedingt erhalten bleiben müsse. Demgegenüber ist auch von dieser Stelle aus mit Nachdruck zu betonen: die erste Substanz der Wirtschaft ist die menschliche Arbeitskraft, und sie zu erhalten, ist die erste und vornehmste Pflicht. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Darum fordern wir, daß in erster Linie den Arbeitsunfähigen durch zureichende Unterstützungen geholfen wird, allen den Kranken, die solange sie arbeiten konnten, ihre Pflicht in der menschlichen Gesellschaft erfüllt haben, aber heute erwerbsunfähig geworden sind. Das sind die Unfallverletzten, die Arbeitsinvaliden, die Kriegstrümpel und andere. Dazu aber kommen die großen Ziffern der Erwerbslosen, derjenigen, die arbeiten wollen, aber nicht arbeiten können, weil ihnen eine Arbeitsmöglichkeit nicht gegeben wird. Allein in der ersten Hälfte des Jahres d. J. ist die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland, und zwar der Unterstützungsempfänger, um 9 vH von 535 000 auf 583 000 gestiegen. Das ist nur die Zahl derjenigen, die trotz aller Einschränkungen in der Unterstützungsgewährung eine Unterstützung erhalten. Ich frage aber den Herrn Reichsarbeitsminister, ob das Reichsarbeitsministerium endlich einmal versucht, die Zahl derjenigen festzustellen, die überhaupt in Deutschland arbeitslos sind, also nicht nur die Zahl der Unterstützungsempfänger, sondern auch den Teil der Arbeitslosen, der von der Inanspruchnahme der Erwerbslosenunterstützung ausgeschlossen ist. Würde man diesen Teil der Arbeitslosen noch hinzunehmen, dann würde eine ganz andere Biffer herauskommen. Fordern wir aber eine ausreichende Unterstützung für die Invaliden, für die Erwerbslosen, für die Sozialrentner usw., dann heißt es stets auch von Reichs wegen: Es ist kein Geld da. Sehen wir uns nun den letzten Etat des Reichsarbeitsministeriums an, der jetzt dem Hause unterbreitet worden ist, dann sehen wir die bemerkenswerte Tatsache fest, daß die Gesamtausgaben für das Reichsarbeitsministerium von 481 Millionen Mark auf 323 Millionen Mark herabgesetzt worden sind. Wer genauer nachprüft, der stellt fest, daß ein Teil der Belastung, die bisher das Reich getragen hatte, vom Reich weggenommen und wiederum auf die Schultern der Arbeitnehmer abgewälzt worden ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das trifft für die Arbeitslosenversicherung zu. Während das Reich in den Jahren nach dem Kriege die Pflicht übernehmen mußte, für die Erwerbslosen aufzukommen, ihnen wenigstens die allernotwendigste Unterstützung zuteil werden zu lassen, hat man sich jetzt dieser Pflicht entzogen und dafür zunächst auf dem Verwaltungswege eine Arbeitslosenversicherung eingeführt, bei der die Hälfte der Beträge die Arbeiter, die andere Hälfte die Unternehmer aufzubringen haben. Diese Tatsache spricht Bände, und es läßt, in diesem Zusammenhang einen Vergleich zu ziehen. In demselben Jahr, in dem für das Reichsarbeitsministerium die auf das Reich entfallenden

Rosen für die Arbeitslosen um mehr denn 150 Millionen Mark reduziert werden, hören wir, daß andere „Kostendeckende“ über 700 Millionen Mark empfangen haben,

und zwar nach Abschluß des Ruhrkampfes, auf Grund der sogenannten Micumverträge, nämlich die Bergwerken und Grobindustriellen aus dem Ruhrgebiet, dem besetzten Westen. Diese Summen sind an die Industriellen des Ruhrgebietes geflossen zu einer Zeit, wo das Reichsarbeitsministerium mitgeholfen hat, die Erwerbslosenunterstützung mehr und mehr abzukürzen. Diese Summen sind an dieselben Grobindustriellen geflossen, die im November-Dezember 1923 an die Arbeiter das Ultimatum stellten: Wer in den Schacht als Bergmann anfahren will, wer in die Hütte, in die Maschinenfabrik, in die Werkstatt zurückkehren will, der muß eine längere Arbeitszeit auf sich nehmen und muß es sich gefallen lassen, daß ihm der Lohn red-

uziert wird. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie ist damals die Auswirkung gewesen? Die Bergarbeiter unter Tage erhielten eine Arbeitszeitverlängerung von 7 auf 8 Stunden, den Arbeitern in der Schmelzindustrie, in Hütten, Stahlwerken und Walzwerken wurde an Stelle der dreifachen Schicht zu 8 Stunden eine Doppel-schicht zu 12 Stunden aufgezungen. Im Zusammenhang damit wurde den Bergleuten der Lohn gekürzt um 5,25 auf 4,06 M. Den Arbeitern in der Schmelzindustrie wurde der Stundenlohn für Facharbeiter von 70 auf 50 S die Stunde und den Ungelernten bis auf 40 S gekürzt worden.

Die Grubenbarone und die Industriellen in den Hüttenwerken haben damals diese Arbeitszeitverlängerung und die Lohnkürzung mit den schweren Lasten der Micumverträge begründet. Man rechnete mit einer Monatslast von etwa 80 Millionen. Bei einer Dauer der Micumverträge von 9 Monaten macht das etwa über 700 Millionen Mark aus. Das Reich, das zur selben Zeit die sozialen Unterstützungssätze kürzte und die Summen für die Erwerbslosen von sich abschüttelte, um sie zum größten Teil den Arbeitern aufzuerlegen, das- selbe Reich hat in derselben Zeit

den Ruhrindustriellen den letzten Heller bezahlt für die angelegenen Lasten, die die Industriellen auf Grund der Micumverträge zu tragen hatten. Da frage ich nunmehr die Herren vom Ministerium: wenn die Industriellen in dieser Form schablos gehalten worden sind und den Arbeitern auf Grund der Micumverträge Arbeitszeitverlängerung und Lohnreduktion aufgezwungen wurden, wie stellt sich dann das Reichsarbeitsministerium zu einer entsprechenden Rückvergütung auch für die Arbeiter? Ich bin neugierig, welche Antwort darauf von der Regierungseite kommen wird.

Während des Ruhrkampfes sind Riesensummen zur sogenannten Lohnsicherung in das besetzte Gebiet geflossen. Ich frage den Herrn Reichsarbeitsminister: Wie steht es mit der

Rückkontrolle für die als Lohnsicherungen verausgabten Beträge? Während des Ruhrkampfes haben die Betriebsräte nicht die Möglichkeit gehabt, ein Mitbestimmungs- und Kontrollrecht auszuüben, was bei solchen Gelegenheiten notwendig ist. Ich möchte den Reichsarbeitsminister fragen: Sind Ihnen jene 28 Fälle bekannt, bei denen selbst durch einen Kontrollleur der Reichsregierung festgestellt wurde, daß 3,75 Millionen Mark von Reichsmitteln mehr in Anspruch genommen wurden, als in Wirklichkeit an Lohngebern ausbezahlt worden sind? (Hört, hört!) Ist dem Reichsarbeitsminister bekannt, daß man bei den sogenannten Lohnsicherungen Fälle zu verzeichnen hat, in denen der Direktor hinaus alles auf die Lohnsicherungen für die Arbeiter löhne festgelegt worden ist? Ich frage weiter, ob ihm jener Fall, betreffend den Bauverein des Bochumer Vereins, bekannt ist, wo ebenfalls 175 000 M zurückbezahlt werden mußten, nachdem eine Kontrolle stattgefunden hat. Man spricht von der produktiven Erwerbslosenfürsorge, man spricht von der Fürsorge für die Arbeitnehmer. Ja, meine Damen und Herren, wenn es sich um Reichsausgaben handelt, bei denen es heißt, das wird für die Arbeiter ausgegeben, dann haben wir zu verlangen, daß die Arbeiter auch ein Recht zur Kontrolle über die Gelder haben, die angeblich oder in Wirklichkeit für sie ausgegeben worden sind.

Wir lassen kürzlich, daß auf Grund der produktiven Erwerbslosenfürsorge ein Betrag von 50 Millionen an die Reeder gegeben werden soll, damit sich der Neubau von Schiffen weiter vollziehen kann. Das ist das für ein Zustand, daß die Mitglieder des Reichstages erst aus der Presse von solchen Dingen erfahren, und daß man, nachdem alles mit den Unternehmern fertig ist, schließlich gerufen, den Gewerkschaften von dem Abschluß Mitteilung zu machen? Wie geht denn die Kurve unserer ganzen Wirtschafts- und Volkswirtschaft? Sie ist lediglich darauf eingestrichelt, daß eine weitere Verteuerung der Lebenshaltung die Folge sein muß. Die Grobindustriellen sind dabei, ein europäisches Eisenkartell zustande zu bringen, den Markt zu verteilten und damit die

Preisbilligkeit auf dem Weltmarkt zu verhindern, womit als logische Folge eine weitere Verteuerung der ganzen Lebenshaltung verbunden ist; denn wenn die notwendigen Rohprodukte der Wirtschaft, Eisen, Kohlen u. a. fortgesetzt verteuert werden, so muß eine weitere Preissteigerung für die gesamte deutsche Wirtschaft die notwendige Folge sein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir warnen davor.

Sehen wir uns weiter die Verhandlungen über den deutsch-französischen Handelsvertrag an, so beobachten wir, wie hinter den Kulissen von der Schmelzindustrie der Regierung die Feder in die Hand gedrückt wird. Manchmal sagt man wohl nicht ganz mit Unrecht, daß in Wirklichkeit nicht die Regierung, sondern die Schmelzindustriellen es sind, die über die Gestaltung des Handelsvertrags zu bestimmen haben.

Die deutsche Regierung hat bei den deutsch-französischen und anderen Handelsvertragsverhandlungen nur die Schmelzindustriellen gehört. Man sagt als Sachverständiger und übersteht dabei, daß es sich in erster Linie hier um reine Interessengruppen handelt, die lediglich darauf bedacht sind, daß ihr Profit dabei keinen Schaden leidet. Aber wir verlangen von dieser Stelle, daß die deutsche Regierung, wenn sie die Unternehmer hört, auf der anderen Seite im gleichen Sinne auch die Vertreter der Gewerkschaften als Sachverständige mit heranzieht. Das ist notwendig; wir können nicht darauf verzichten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich frage den Herrn Reichsarbeitsminister: Was ist von seiner Seite aus geschähen, um den

Sehen wir nun den andern Teil der Scheibe wieder an, so daß der große Durchmesser in der Mitte liegt und nehmen den Riemen in ganzer Breite, so wird nun das Bestreben des Riemens, nach dem größten Durchmesser zu gelangen, von beiden Seiten erfolgen, die betreffenden Kräfte treffen sich in der Mitte; also auf dem großen Durchmesser und heben sich auf, da sie von beiden Seiten gleich groß sind. Der Riemen wird also auf dem großen Durchmesser laufen und nicht von der Scheibe gleiten.

Eine irrige Ansicht ist, daß das bessere Gassen des Riemens durch Riemenharz und zwar durch möglichst viel Riemenharz erreicht werden kann. Das ist aber eine so verbreitete Ansicht, daß die Verkäufer von „gut haltendem Riemenharz“ oder Riemenwachs recht gute Geschäfte machen. Vergewissern wir uns doch einmal den Vorgang des Gassens zwischen Riemen und Riemenwachs und lassen uns dazu ein kleines Beispiel dienen:

Zwei Glasplatten werden sauber gereinigt und unter etwas Druck aufeinandergepreßt. Bedingung ist, daß das Glas nicht zerbricht, und aus diesem Grunde eignet sich geschliffenes Glas oder auch gut poliertes Holz gut zu dem Versuch. Es ist nur mit großen Schwierigkeiten möglich, die Platten wieder voneinander zu trennen. Die Erklärung des Versuches ist einfach. Durch das Zusammenpressen ganz glatter Flächen wird zwischen diesen die Luft entzogen. Von außen wirkt aber der Luftdruck auf die Platte, der auf 1 Quadrat-zentimeter 1 Atmosphäre beträgt. Und dieser äußere Luftdruck ist die Ursache des festen Zusammenhaftens der Platten. Übertragen wir nun diese Erkenntnis auf den Riementrieb, so kommen wir zu der Einsicht, daß, hätten wir ganz glatte polierte Scheiben und ganz glatte Riemen, dies das beste Gassen des Riemens auf der Scheibe bewerkstelligen würde. Man kann diese Erfahrung bereits daran machen, daß Riemen, die auf Scheiben laufen, welche zufolge langer Betriebsdauer sich sehr poliert haben, sehr gut durchziehen. Riemenwachs in geringem Maße angewandt, ist gut, dient aber ganz anderem Zweck, als dem, den Riemen etwa auf die Scheibe zu kleben. Das Riemenwachs füllt die Poren des Riemens und die Unebenheiten der Scheibe und macht so beide polierähnlich und glatt, und nur dadurch wird ein besseres Durchziehen erreicht. Inwiefern angewandtes Riemenwachs aber solches, welches fest, zerfällt nach kurzer Zeit die Riemen, weil es diese in eine falsche Richtung zwingt und sie dazu bringt, sich

Arbeitnehmerorganisationen und ihren Vertretern auch hier die nötige Achtung zu verschaffen?

Wenn ich jagte, die ganze wirtschaftliche Tendenz geht dahin, daß die Preise weiter steigen und die unausbleibliche Folge sein muß, daß die Arbeitnehmerorganisationen sich erneut bemühen, durch erhöhte Löhne und Gehälter dies wettzumachen, dann frage ich: Ist es richtig, Herr Arbeitsminister, daß im Laufe des letzten Jahres in der einen oder andern Form die Schlichtungsstellen angewiesen worden sind, daß sie bei der Gewährung von Lohn- und Gehaltszulagen äußerste Zurückhaltung üben müßten, um nicht die deutsche Währung erneut in Gefahr zu bringen? (Hört, hört!) Ist dem so, dann muß ich doch sagen: Die Währung, die deutsche Währung nicht erneut in Gefahr zu bringen, sollten Sie doch dreifach an die andere Seite des Hauses richten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dort ist sie wahrlich am Platze.

Ich frage weiter: Haben nicht bei der Besetzung des Achtstundentages die amtlichen Stellen nach Kräften mitgeholfen? Weiber ja. Wir haben seitens der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion den Antrag gestellt, daß die Reichsregierung ersucht werden soll, unersetzlich einen Geßenswurf vorzulegen, der

den Achtstundentag wiederherstellt, um die Voraussetzungen für die beschleunigte Annahme des Washingtoner Abkommens zu erfüllen.

Die Deutsche Regierung hat mit der Arbeitszeitverordnung dem Sturmlauf der Unternehmer gegen den Achtstundentag Vorstoß geleistet. In dieser Arbeitszeitverordnung ist ein § 7 enthalten, der vorsieht, daß für bestimmte Gruppen der Achtstundentag auch nach dieser Verordnung gesichert werden soll. Es ist doch für die ganze Politik bezeichnend, daß lange von dem § 7 der Arbeitszeitverordnung kein Gebrauch gemacht worden ist. Erst in den letzten Wochen ist eine unzureichende Verordnung herausgekommen, die vom 1. April dieses Jahres an für die Postämter und Postereien die achtstündige Arbeitszeit und die dreifache Schicht wieder vorsieht. Aber die Fußnote zu § 2 scheint wiederum die Möglichkeit zu geben, daß einzelne Landesregierungen noch in der Lage sind, auch dieser völlig unzureichenden Verordnung aus dem Wege zu gehen. Ist das der Zweck, ist das die Absicht, Herr Reichsarbeitsminister? Wir erwarten ferner von Ihnen eine Erklärung darüber, ob Sie, wenn Sie von der Reichsregierung bei dem Haupte des Achtstundentages im Dezember 1923, Januar 1924 ausgehen und durch die Schlichter in den einzelnen Stellen des Reiches dazu beigetragen haben, durch Verlängerung der Arbeitszeit den Lohn zu kürzen, nur auch daran gedacht haben, daß mit der Verordnung „zurück zur achtstündigen Arbeitszeit“ auch

der Lohn eine entsprechende Regelung erfahren muß, damit nicht das Unternehmertum dazu übergehen kann, wenn es den Achtstundentag einführen muß, den Arbeitern den Verdienst noch mehr zu schmälern.

Ich erwarte darüber von Ihnen Antwort und frage weiter: Haben Sie daran gedacht, wenn die Hochlöhn zum 1. April d. J. als einzige herausgegriffen werden und der Achtstundentag haben sollen, nicht die gleiche Zwangsläufigkeit für die Stahl- und Walzwerke vorliegt? Es kann gar keine Rede davon sein, daß man lediglich die Hochlöhn und Postereien ausnimmt, aber den genau so schwer schaffenden Arbeitermassen in Stahl- und Walzwerken den Achtstundentag vorenthält.

Ich frage weiter: Wo bleibt der Schutz für die Schwerarbeiter in den übrigen Industriezweigen, z. B. in der Metallindustrie? Wir fordern als Sozialdemokraten und als Gewerkschafter keineswegs etwa nur Ausführungsbestimmungen auf Grund des § 7 der Arbeitszeitverordnung, sondern

wir verlangen den Achtstundentag für alle Arbeiter, Hand- und Kopfarbeiter in Stadt und Land. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Diese Forderung haben wir zu stellen und uns mit aller Kraft dafür einzusetzen.

Ich frage weiter: Wie denken Sie, Herr Minister, über die Vergarbeiter unter Tage, die Tag für Tag in den Schacht hineunterfahren müssen, um dort tagtäglich bei ihrer Arbeit dem Tod ins Auge zu schauen? Glauben Sie wirklich, daß diesen Vergarbeitern auf die Dauer eine verlängerte Arbeitszeit zugemutet werden kann? Nein, sage ich. Und ob Sie die Arbeiter in der weiterverarbeitenden Metallindustrie, in der Chemie oder im Verkehr, in der Textilindustrie, im Baugewerbe, in der Holzindustrie oder in irgendwelchen anderen Erwerbszweigen ansehen, es ist überall die gleiche Forderung, die wir hier zu stellen haben: Den achtstündigen Arbeitstag für alle und eine Arbeitszeit unter 8 Stunden für die Vergarbeiter unter Tage und für die Arbeiter in schmerzhafteinsten Betrieben. Das ist die Forderung, auf der wir festhalten.

Wenn nun von den Gegnern des Achtstundentages der Einwand kommt: Wir sind nicht konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt, deshalb müssen wir längere Arbeitszeit und niedrigere Löhne haben, so jagt ich: Nein, an den Löhnen der deutschen Arbeitnehmerhaft liegt es wahrlich nicht, wenn wir nicht konkurrenzfähig sind. Es wird doch niemand ernsthaft behaupten, daß die Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiter hinter der Leistungsfähigkeit der Arbeiter anderer Länder zurückbleibt. Wenn Sie auf die sogenannten Produktionsziffern der Jahre 1921 bis 1923 hinweisen, dann muß erklärt werden: Sie können keinen Vergleich mit den früheren Inflationsjahren ziehen, wo die Arbeiter vom Morgen bis zum Abend nur von der einen Sorge getrieben, wie sie bis zum nächsten Tage durchkommen. Sie

timmer von der Scheibe loszureißen und auf diese Art ganz unzulässig beansprucht.

Eine weitere Verbesserung des Durchziehens ist dadurch zu erreichen, daß man den Umschlingungsbogen, den der Riemen auf der Scheibe bildet, vergrößert, man kann dies durch Einbau von Spannrollen erreichen. Auch hier kann obiges Beispiel wieder zur Erläuterung führen. Je kleiner der Umschlingungsbogen ist, desto kleiner ist auch die Fläche, auf die der Luftdruck auf den Riemen wirken kann, denn der Luftdruck kann nur auf die Fläche wirken, die auf der Scheibe aufliegt. Vergrößern wir hingegen den Umschlingungsbogen, so vergrößern wir die wirksame Druckfläche für jeden Quadrat-zentimeter um 1 Atmosphäre, wodurch natürlich das Durchziehen wesentlich verbessert wird. Aus diesem Grunde ziehen auch Riemen leicht durch, die ohne Spannrolle eine große Überziehung haben, das heißt von einer sehr großen Scheibe auf eine sehr kleine treiben oder umgekehrt. Wohl ist dabei der Umschlingungsbogen auf den großen Scheibe sehr groß, aber der der Riemen ist um so geringer, und gerade dieser ist maßgebend für die Kraftübertragung.

Die Vorschriften der Riemenfabrikanten, die Riemen von Zeit zu Zeit zu waschen und zu reinigen, sind deshalb nicht unberechtigt, sehr sich doch im Laufe des Betriebes Schmutz an, der die Riemen rau macht und sie nicht voll auf der Scheibe aufliegen läßt. Werden aber die Riemen gewaschen und wieder richtig gemacht, so werden sie wieder glatt und haften wieder auf den Scheiben.

Der Kauf von Riemen ist Vertrauenssache, man lasse sich nicht von unbelasteten Vertretern irgend einer Fabrik aufschwatzen, wenn es etwas billiger ist. An Riemen kann bei der Verarbeitung soviel verdorben werden, was man dem fertigen Riemen nicht ansieht, daß man einen solchen Kauf wohl bitter bereut.

Ein oft beobachteter Umstand in den Fabriken ist, daß man den Riemen, der von einer Scheibe abgeworfen wurde, auf der Welle neben der Scheibe laufen läßt. Das dies auf die Dauer zur Zerschlagung des Riemens führen muß, ist einleuchtend. Auch die Riemenaustragabellen lassen in vielen Fällen zu wünschen übrig. Will man den Riemen schonen, so müssen die Austragabellen mit Rollen versehen sein, damit der Riemen nicht daran scheitert, sondern rollt. Bei Beachtung obiger Winke wird man eine längere Lebensdauer der Riemen erzielen

Einiges über Treibriemen

Von Oberingenieur W. Hofmann, Kronstadt.

Trotz aller Bestrebungen, in den Fabriken Gruppen- und Einzelantriebe einzuführen, hat sich das bisher verbreiteste Kraftübertragungsmittel, der Riemen, nicht verdrängen lassen. Daß diesem eine große Anzahl Mängel anhaften, ist allgemein bekannt; nicht allein, daß durch Riemenübertragung Kraftverluste entstehen, sondern der Riemen bedarf auch einer besonderen Wartung, wenn er dauernd seinen Zweck erfüllen soll. Am meisten ärgert sich wohl der Arbeiter darüber, wenn ein neuer Riemen nicht laufen will, das heißt wenn er von der Scheibe abgleitet. Hierfür gibt es nun verschiedene Ursachen. Die erste dürfte wohl darin zu suchen sein, daß der Riemen nicht jodgemäß hergestellt wurde; daß er nicht, besonders bei großen Riemen, aus dem Rücken geschnitten wurde, um so eine feste Mittel-linie zu haben und gleichmäßig gestaltete Außenflächen. Man kann dem etwas abhelfen, wenn man den Riemen auf fast balligen Scheiben laufen läßt. Dabei lautet die Frage auf, wie kommt es, daß ein Riemen auf balligen Scheiben läuft? Es wird vielfach angenommen, daß die Erhöhung der Scheibe die Ursache sei insofern, als sie dem Riemen eine gewisse Richtung gibt. Das trifft aber nur bedingt zu.

Um das Wesen der Ercheinung zu erkennen, stellen wir uns einmal eine fast ballige Scheibe so vor, daß sie in der Mitte die Breite getrennt sei, daß wir also eine linsige Scheibe haben, deren Durchmesser beispielsweise an der einen Seite 1000 mm beträgt, an der anderen 1005 mm. An der Seite mit 1005 mm haben wir eine größere Umfangsgeschwindigkeit, da dieser größere Kreis doch die gleiche Umdrehungszahl wie der kleinere Kreis mit 1000 mm Durchmesser hat. Wir dieser größeren Umfangsgeschwindigkeit ist aber auch eine erhöhte Fliehkraft verbunden, die sich dahin auswirkt, daß alle Teile, die auf der linsigen Scheibe laufen, das Bestreben haben, in den Bereich der größeren Fliehkraft zu kommen, also von der Seite des kleineren Kreises zu der des großen Kreises zu wandern. Riemen wir nun auch den Riemen nur in halber Breite an, so würde dieser nach den obigen Erläuterungen von dem kleineren Durchmesser nach dem großen laufen und über diesen hinaus, so daß er auf der Seite des großen Durchmessers von der Scheibe abgleiten würde.

